
Aussprache

Dr. Norbert Blüm's philosophische Klassenkampf-Theorie

(Zu dem Beitrag in: Gewerkschaftliche Monatshefte 4/82, S. 194-199)

Der Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse und Senator für Bundesangelegenheiten von Berlin, Norbert Blüm - der sich gerne als „gestandener“ Gewerkschafter bezeichnet - hat in der Ausgabe 4/82 der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ die Gelegenheit zu markigen und neckischen Politik-Sprüchen gefunden. Da ist nach seiner alten Manier wieder einmal vom „neuen Klassenkampf“ zwischen Arbeitslosen und Arbeitsbesitzern, von seinem alten Hut des „Sabbat-Jahres“, von der „freiwilligen Vier-Tage-Woche“ und von sonstigen, fürchterlich obskuren Dingen die Rede.

Wenn Kollege Norbert Blüm z.B. von einem „neuen Klassenkampf“ spricht, so steckt anscheinend bei ihm die Annahme dahinter, daß es „vor der Zeit der Massen- und Dauerarbeitslosigkeit“ einen solchen nicht gegeben hätte. Das ist sein Grundirrtum. Auch in einem Land wie der Bundesrepublik mit selb-

ständiger, unabhängiger Interessenvertretung im sozialpolitischen Bereich durch die Tarifvertragsparteien sind die Unternehmer-/Arbeitnehmerbeziehungen stets vom Konflikt zwischen Kapital und Arbeit begleitet gewesen. Die reale Wirklichkeit der Gegenwart macht diesen Tatbestand offensichtlicher denn je - zumindest seit der Zeit nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges. Aber das war auch früher in Krisenzeiten schon immer so. Und es wird Fortschritt, insbesondere sozialer Fortschritt in Zukunft weiterhin und unvermeidlicherweise von Konflikten begleitet sein. Wer den andauernden Interessenkonflikt zwischen Kapital und Arbeit leugnet; wer anderes glaubt oder behauptet, der täuscht andere und sich selbst. Und wer den Konflikt für etwas Schlechtes hält, der hat Demokratie nicht verstanden.

Der Doktor der Philosophie und ehemalige Stipendiat der „Hans-Böckler-Stiftung“, Norbert Blüm, hätte die Realität zweifellos selbst erkennen können, wenn er sich nur einmal die Frage gestellt hätte, von wem der „Gesund-schrumpungsprozeß“ in den Betrieben eingeleitet wurde, der die Schwachen, Kranken, Älteren, Frauen und Leistungsgeminderten aus den Betrieben

getrieben und auf Kosten der Steuerzahler die „olympiareifen Mannschaften“ geschaffen hat. Waren die Triebkräfte nicht die Unternehmer oder haben sich jene Arbeitnehmer selbst aus den Betrieben „herausgeschwitzt?“ Der Politiker Norbert Blüm sollte aber auch wissen, daß es ebenso wie in der Wirtschaft in der Politik Konflikte gibt, denn dort geht es schließlich in gleicher Weise um die Durchsetzung von unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Interessen.

Ich weiß nicht, wie sich Norbert Blüm z.B. zur Zumutbarkeits-Anordnung der Bundesanstalt für Arbeit geäußert hat - das ist auch nebensächlich. Übereinstimmung ist aber doch wohl vorhanden, daß diese Anordnung nicht der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dient, sondern daß damit der Kampf gegen die Arbeitslosen eingeleitet wurde. Anzunehmen ist, daß seine Parteifreunde, die im Verwaltungsrat der Bundesanstalt auf der Unternehmerbank oder auf der Bank der Staatsbürokratie sitzen, in Vertretung ihrer vermeintlichen Interessen für diese Zumutbarkeits-Anordnung gestimmt haben. Ist das nicht Klassenkampf der Unternehmer wie des Staates von oben gegen die Arbeitslosen? Oder sollte es für den Sozialpolitiker Blüm nicht opportun sein, sich selbst solche Fragen zu stellen?

Aber wenden wir uns doch auch seinen anderen Interessengebieten zu, die die ganze Palette vom „Job-Sharing“ über „freiwillige Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich“ bis hin zum Vorschlag eines „Sabbat-Jahres“ umfaßt. Ob der Autor sich dessen bewußt ist, daß er die abhängig Beschäftigten damit in die Ecke der sogenannten gesellschaftlichen „Aussteiger“ stellt? Jener Gruppe von Menschen, die es sich als Manager oder als Angehörige freier Berufe finanziell leisten können, aus den Zwängen dieser Leistungsgesellschaft auszusteigen.

Können aber für die abhängig Beschäftigten die gleichen Unabhängigkeiten angenommen und die gleichen oder ähnliche Kriterien angewandt werden?

Kollege Norbert Blüm ist bei seinen CDU-Frauen bekannt dafür, daß er für die Probleme der berufstätigen Frauen kein rechtes Gespür aufzubringen vermag. Würde er sich denn sonst stark machen für das fragwürdige Experiment des „Job-Sharing-Systems“, das möglicherweise im Dasein kinderloser Hausfrauen eine bestimmte Abwechslung zu bringen vermag, das aber, von der zeitlichen Anlage der so verkürzten Arbeitszeit her, auf die höhere Ausbeutung der Arbeitskraft ausgerichtet ist? Aufgabe eines jeden Gewerkschafters sollte es sein, falsche, kurzfristige und zu Lasten der Arbeitnehmer gehende Entscheidungen der Wirtschaft und des Staates zu kritisieren, auf Gefahren aufmerksam zu machen und die Arbeitnehmer vor falschen Einflüssen und Versprechungen zu schützen.

Das „Job-Sharing-System“ birgt eine Fülle solcher Gefahren in sich,

- wie den Abbau von Vollzeit-Arbeitsplätzen und den damit verbundenen Qualifikationsverlust;
- wie das Unterlaufen von Sozialleistungen;
- wie die Beschränkung der beruflichen Weiterbildung und damit des Wegfalls von Aufstiegschancen;
- wie auch das Festschreiben des alten Rollenverhaltens von Mann und Frau.

Ähnlich verhält es sich mit jenen, denen Norbert Blüm die freiwillig verkürzte Arbeitszeit mit 32 oder 36 Stunden wöchentlich verordnen möchte - und dies auch noch ohne Lohnausgleich oder unter Verzicht auf künftige Lohnerhö-

hungen. Höhere Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, Lohnverzicht, Lohnabbau, zusätzliche Kaufkraftverluste, mangelnde Aufstiegschancen und Aussteigen aus dem kollektiven Arbeitsleben sind also die fragwürdigen Rezepte für die abhängig Beschäftigten. Einer kleinen privilegierten Schicht wird dagegen das „Recht aufs Aussteigen“ angeboten, das die Arbeitnehmer wegen ihrer Abhängigkeit nicht erwerben können.

Schließlich geht es aber auch nicht darum, kurzfristige Lösungen der wirtschaftlichen Probleme für einen kleinen Teil der abhängig Beschäftigten zu finden. Es gilt vielmehr, langfristige Lösun-

gen zu finden, die für alle Arbeitnehmer, Männer und Frauen, ein menschenwürdiges Leben und Arbeiten ermöglichen.

Wenn Philosophie als Lehre vom Sein, vom Ursprung und Wesen der Dinge, vom Denken und Streben nach Erkenntnis und Wahrheit verstanden wird, dann gibt sich der Doktor dieser Geisteswissenschaft mit wenig Sinn für gesellschaftliche Realität zu erkennen, und deswegen sollte man ihn auch nicht so ernst nehmen.

Leonhard Mahlein,
1. Vorsitzender der
IG Druck und Papier.